

**De Maiziere, Ministerpräsident:**

Frau Abgeordnete, Sie wissen, daß gestern die ersten Gespräche begonnen haben. Wenn wir ein bestimmtes Resultat haben, das parlamentsverhandlungsfähig ist, werden wir selbstverständlich davon ausgehen, daß wir diesem Hause rechenschaftsschuldig sind. Bloß wir haben nicht die Absicht, mit Vorlagen und Entwürfen aus der Regenbogenpresse oder der TAZ zu verhandeln, wie dies hier im Hause schon geschehen ist.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und DSU)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat noch die Möglichkeit zu einer Frage.

**Hildebrand (Bündnis90/Grüne):**

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Frage an ein Mitglied Ihres Ministerrates, das heute noch nicht gesprochen hat!

(Unruhe im Saal)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Es sind Zwischenfragen an einen Redenden, deshalb kann ich das...

**Hildebrand (Bündnis90/Grüne):**

Sie sind der Chef des Ministerrates, und vielleicht ist es auch eine Frage an Sie.

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Das können Sie probieren!

(Heiterkeit)

**Hildebrand (Bündnis90/Grüne):**

Mir liegt eine dpa-Meldung von vorgestern folgenden Wortlauts vor - ich lese nicht alles vor -:

„Mit einem Eklat hat am Dienstag in Bad Reichenhall vor 350 Natur- und Umweltschützern aus ganz Europa der 20. Deutsche Naturschutztag begonnen. Der stellvertretende Minister für Naturschutz der DDR, Prof. Succow, mußte seinen geplanten Vortrag kurzfristig absagen, da ihm sein Chef ohne Begründung Redeverbot verordnet hatte.“

Das hört sich doch an - sage ich - wie etwas, das wir glaubten überwunden zu haben. Wie kann so etwas Vorkommen? Hat die Meldung irgendeinen Wahrheitsgehalt, und wenn ja, welche Rechtfertigungsgründe liegen für solch eine Maßnahme vor? Wird das auch in Zukunft der Fall sein dürfen?

**De Maiziere, Ministerpräsident:**

Erstens bin ich verantwortlich für Dinge, die in unserem Land passieren und nicht in anderen Ländern passieren. Zweitens: Die Frage der Minister ist durch das Votum dieses Hauses entschieden worden. Die Frage der Staatssekretäre in den Ministerien wird in der Koalition gegenwärtig ausgehandelt. Die stellvertretenden Minister sind keine stellvertretenden Minister mehr. Insofern haben sie auch nicht die Befugnis, für eine Regierung zu sprechen. Sie können natürlich überall da sprechen, wo sie ihre private Meinung vortragen wollen.

(Beifall)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Ich glaube, die intensive Antwort- und dann noch einmal Fragestunde hat uns allen geholfen, uns in die Fülle der Probleme

ein bißchen hineinzudenken, die noch vor uns liegen. Wir sind uns darüber im klaren, daß damit längst nicht alles erschöpfend behandelt worden ist.

Aber erschöpft ist jetzt erst einmal unsere Fähigkeit, Neues aufzunehmen. Wir brauchen eine Pause. Die Sitzung ist bis 14.00 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung)

Ich bitte die Abgeordneten, Platz zu nehmen. Wir wollen in der Beratung fortfahren.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich eine Erklärung abgeben, für die ich Sie um Gehör bitte. Es betrifft eine Angelegenheit, die das Hohe Haus ja in der letzten Tagung sehr bewegt hat. Es gab da in den Reden einige Bemerkungen, bei denen von mir dann angekündigt wurde, daß sich das Präsidium darüber noch einmal unterhalten wird. Das ist geschehen. Das Präsidium ist grundsätzlich der Meinung, daß persönliche Angriffe zu unterscheiden sind von sachlich harten Auseinandersetzungen und daß persönliche Angriffe vermieden und, wenn sie auftreten, auch gerügt werden sollten.

Für die Ereignisse der letzten Tagung haben wir verabredet, daß diejenigen, die geredet haben oder die betroffen gewesen sind, untereinander ins Gespräch kommen und wir auf eine weitere Erörterung hier im Plenum des Hauses verzichten könne in der Hoffnung, daß die weiteren Tagungen so ablaufen, daß weitere Nacharbeit nicht erforderlich ist. Das wollte ich Ihnen kurz als Ergebnis der Beratung des Präsidiums zu diesem Punkt mitteilen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2:

**Antrag des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Änderung des Wehrdienstgesetzes.**

Ihnen liegt dazu die Drucksache Nr. 7 vor. Ich bitte Herrn Rainer Eppelmann, Minister für Abrüstung und Verteidigung, das Wort zur Begründung zu nehmen.

**Eppelmann, Minister für Abrüstung und Verteidigung:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was für Minister nicht ging, ist auch für Soldaten wichtig. Es geht um eine Verteidigung, einen Eid. Wir kennen die Fristen in unserem Land. Das steht unmittelbar bevor. Von daher ist es an der Zeit, Sie jetzt mit dieser Vorlage zu konfrontieren. Sie versucht, den revolutionären Veränderungen in unserem Land gerecht zu werden, von ihrer Formulierung her nicht mehr so militant zu sein, wie es die alte Fahneide gewesen ist, und sie versucht, schlichter und da mit vielleicht in ihrem Versprechen auch ehrlicher zu sein.

In dem Fahneide - ich kann nicht davon ausgehen, daß ihn jeder vor sich hat - steht z. B. als Bezug für den Schwur: auf Befehl der Arbeiter-und-Bauern-Regierung. Dann wird von unserem sozialistischen Vaterland geredet und von den sozialistischen Ländern, mit denen wir vereint sind in unserem Bündnis. Und er schließt mit der Bitte:

„Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneide verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.“

Es erscheint uns nicht mehr legitim und zumutbar, daß durch die Angehörigen der Nationalen Volksarmee der DDR ein Fahneide in der bisher gültigen Fassung abgelegt wird. Der Ihnen vorliegende Entwurf wurde in Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch, der mit dem früheren Verteidigungsminister und jetzigen Chef der NVA, Theodor Hoffmann, zusammengearbeitet hat, erarbeitet. Und es hat eine ganze Reihe von Meinungsfragen dazu gegeben, die in der Regel eine Zustimmung gewesen sind.

Ich möchte Ihnen gern noch zu der Ihnen vorliegenden For-